



Zahlen, bitte!
Die Unfallaufnahme soll nicht mehr umsonst sein

Dein Freund und Kassierer

40 Euro pro Polizei-Einsatz. Kommt das Hamburger Modell deutschlandweit?

Erst angeditscht, dann abgezockt: Wer einen Verkehrsunfall hat und die Polizei ruft, soll in Hamburg künftig eine Gebühr zahlen müssen. Im Gespräch sind 40 Euro, die für die Unfallaufnahme durch die

chronisch klamme Senat der Hansestadt dadurch Mehreinnahmen in Höhe von 2,4 Millionen Euro.

Ob die Versicherungen für diese sogenannte Blaulicht-Steuer aufkommen oder ob die Autofahrer auf

Rainer Wendt, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG), empfiehlt es bundesweit zur Nachahmung, sofern „nur die Versicherer und nicht die Bürger belastet werden“.

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) hat sich bereits mit dem Thema beschäftigt, lehnt die Gebühr aber unter anderem wegen Problemen bei der „rechtlichen Bewertung von Unfällen mit und ohne Personenschäden“ derzeit noch ab.

Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) mag sich nicht festlegen: „Ich bin nicht von vornherein dagegen, aber eher skeptisch.“ Bei vielen Bagatellunfällen sei Alkohol im Spiel.

Der neue hessische Innenminister Boris Rhein (CDU) hält von der Blaulicht-Steuer nichts: „Es ist für den Verkehrsteilnehmer oft nicht leicht zu erkennen, ob es sich um einen Bagatellunfall handelt oder ob der Schaden doch

erheblich höher ist.“ Allerdings sollten Autofahrer mit dem Ruf nach der Polizei bei leichten Unfällen „sorgsamer“ umgehen.

Obwohl grundsätzlich für jede Verwaltungshandlung auch eine Gebühr verlangt werden kann, betrachten Juristen den Hamburger Vorstoß mit Skepsis: „Nicht der Bürger, sondern die Polizei muss bei einem Notruf von Amts wegen entscheiden, ob ein Bagatellfall vorliegt“, sagt Michael Brenner, Verwaltungsrechtler an der Universität Jena. „Eine solche Entscheidung wäre vor Gericht anfechtbar, Klagen gegen Kostenbescheide sind also denkbar.“ (Kommentar siehe rechts.)

„Wenn nur die Versicherer und nicht die Bürger belastet werden, sollte die Hamburger Blaulicht-Steuer bundesweit Schule machen!“

Rainer Wendt, Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoG)



„Die Entscheidung, ob die Polizei kommt oder nicht, darf keine reine Kostenfrage werden.“

Prof. Michael Brenner, Verwaltungsrechtler Uni Jena

Beamten fällig werden. Kostenfrei kommt die Polizei der Hansestadt bald nur noch bei Verkehrsunfällen mit Verletzten oder bei Unfallflucht. Bei rund 60 000 Bagatellunfällen jährlich verspricht sich der

den Kosten sitzen bleiben, steht in den Sternen. Zwar wollen sich derzeit nur wenige eindeutig bekennen, doch angesichts der Haushaltslage in den Ländern könnte das Hamburger Modell Schule machen.

Sie wollen uns Ihre Meinung zu diesem Thema sagen?

Schreiben Sie uns:

AUTO BILD, Brieffach 39 40,

20350 Hamburg

Fax: 0 40-34 72 41 76

E-Mail: redaktion@autobild.de

Stichwort: Bagatellunfälle